

Deutsche Stiftung Organtransplantation

Organspendezahlen bleiben 2025 weitgehend stabil

Von Januar bis Oktober 2025 haben bundesweit 836 Menschen nach ihrem Tod ein oder mehrere Organe gespendet. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es 789. Das teilte die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) Mitte November mit. Die Zahl der in Deutschland entnommenen Organe lag bis Oktober 2025 bei 2.523 gegenüber 2.391 im Vorjahreszeitraum. Die leichte Steigerung sei für die Patientinnen und Patienten auf den Wartelisten erfreulich, sagte der Medizinische Vorstand der DSO Dr. Axel Rahmel. Sie dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass daraus keine fundamentale Wende bei der Organspende abzuleiten sei. Rahmel betonte, wie wichtig es sei, die eigene Entscheidung für oder gegen eine Organspende zu dokumentieren. Um die Kliniken beim Prozess der Organspende besser zu unterstützen und damit die Situation der Organspende zu verbessern, hat die DSO eine APP „DSO-LeitfadenPLUS“ entwickelt, die einen schnellen



Bei der Zahl der gespendeten Organe gibt es der DSO zufolge deutliche regionale Unterschiede. Während in der Region Nord-Ost 65 Organspender registriert wurden, waren es in NRW 166.

Foto: sturti/istockphoto.com

Zugriff auf alle relevanten Informationen, Kontakte und Formulare erlaubt. Ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Organqualität und der Transplantationsergebnisse sei darüber hinaus die geplante Einführung der Maschinenperfusion für Nieren in der zweiten Januarhälfte 2026.

HK

Ausblick

Neujahrsgruß und scharfe Worte gegen den Gesundheitsminister

„Ihren Familien und Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wünschen ‚Glückauf‘ für 1976“ Dr. Friedrich-Wilhelm Koch, Präsident der Ärztekammer Nordrhein, und Dr. Hans-Wolf

Muschallik, Erster Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein. Dieser gemeinsame Neujahrsgruß fand sich auf der ersten Seite des *Rheinischen Ärzteblatts* (RÄ), das am Landesgesundheitsminister Friedhelm Fathmann (SPD) habe mit seinen Äußerungen „dem Vertrauensverhältnis zwischen Millionen Patienten und ihren Ärzten und nicht zuletzt auch seinem Amt schweren Schaden zugefügt“. Mit scharfen Worten reagierte Kammerpräsident Koch auf Äußerungen Fathmanns, der von einer „ernsten gesundheitspolitischen Gefahr“ sprach und behauptete, Ärzte würden „auf ‚blauen Dunst‘ Beruhigungs-, Aufputsch- und Schmerzmittel verschreiben, ohne sich die Zeit für eine richtige Diagnose der ‚eingebildeten oder echten Wehwehchen‘ zu nehmen“. 20 Prozent der Drogenabhängigen in NRW hätten ihre Krankheit leichtfertiger ärztlicher Verschreibungspraxis zu verdanken, zitierte das RÄ den Minister. „In diesen Äußerungen sieht Dr. Koch einen krassen Fall von politischer Instinktlosigkeit, medizinischem Dilettantismus und fahrlässiger Begriffsvermischung.“

bre

RA
VOR
50 JAHREN

10. Januar 1976 erschien. Beide versprachen, weiterhin darauf zu achten, „daß nicht unter dem Vorwand der heute unbestrittenen schwierigen Kostensituation der gesetzlichen Krankenversicherung Strukturveränderungen propagiert werden, die das Kassenarztrecht aus den Angeln heben“. Gleichzeitig äußerten sie sich vorsichtig optimistisch, dass es gelingen werde, „das Kassenarztrecht ohne Strukturveränderung sinnvoll weiterzuentwickeln“.

Pflegereport 2025

Anstieg der Zahl der Bedürftigen

Die Zahl der Pflegebedürftigen hat sich von 2015 bis 2023 von drei auf 5,7 Millionen fast verdoppelt. Das geht aus dem Pflegereport 2025 der Barmer von Ende November hervor. Die Krankenkasse macht für den enormen Anstieg jedoch nicht in erster Linie die alternde Gesellschaft verantwortlich, sondern die Pflegereform aus dem Jahr 2017, die die Leistungen der sozialen Pflegeversicherung deutlich ausgeweitet habe. Während 2017 zum Beispiel 11,4 Prozent der an Krebs und 68,1 Prozent der an Demenz Erkrankten pflegebedürftig gewesen seien, lägen diese Werte im Jahr 2023 bei 20 und 78,5 Prozent, so die Barmer. HK

Kampagne

Kinder vor Missbrauch schützen

Die Kampagne „Schieb deine Verantwortung nicht weg!“ (<https://nicht-wegschieben.de>) will Erwachsene dabei unterstützen, Kinder besser vor Missbrauch zu schützen. Initiiert wurde sie von der Missbrauchsbeauftragten des Bundes und dem Bundesfamilienministerium. Ärzte und Psychologische Psychotherapeuten könnten die Aktion unterstützen und kostenfrei Plakate und weitere Informationsmaterialien für das Wartezimmer bestellen, teilte die Kassenärztliche Bundesvereinigung mit. Ein zentraler Bestandteil der Kampagne sei ein digitaler Messenger-Kurs. Bei „7 Wochen, 7 Tipps“ werde Eltern beispielsweise erläutert, wie sie mit Kindern über Sexualität und sexuelle Gewalt sprechen könnten oder wie Täterstrategien funktionierten. HK